

P R E S S E M I T T E I L U N G

Berlin, 25. September 2018

Es gilt das gesprochene Wort!

Rede von BDZV-Präsident Dr. Mathias Döpfner beim  
Zeitungskongress am 25. September 2018 in Berlin

Herzlich willkommen zu unserem Verleger-Kongress.

Yuval Harari war so freundlich, mir vor zwei Monaten ein Vorabexemplar seines neuesten Buches „21 Lektionen für das 21. Jahrhundert“ zu schicken. Es geht in dem Buch um alle Fragen, die uns als Verleger derzeit umtreiben: künstliche Intelligenz, Daten und der Überwachungskapitalismus der Tech-Plattformen, Blockchain, Terrorismus, die Folgen der Migration und die ethischen Konflikte durch selbstfahrende Autos und so weiter. In seiner handschriftlichen Widmung des Buches schrieb Harari:

„Artificial intelligence is less dangerous than natural stupidity“.

Von diesem Satz inspiriert möchte ich Ihnen eine Erfindung vorstellen, die viele Errungenschaften der vergangenen Jahrzehnte, von Facebook bis Google, von elektrischen, autonomen Autos bis zur virtuellen Realität noch in den Schatten stellen kann. Sie wird die Zukunft prägen, sie kombiniert das Beste der Vergangenheit mit dem Segen moderner Technologie. Sie hat das Potenzial, in politisch instabilen Zeiten für Gerechtigkeit, Transparenz, Offenheit zu sorgen. Sie kann die Demokratie stützen, mehr noch, die Erfindung, die ich meine, ist eine essentielle Voraussetzung zum Entstehen und zur Erhaltung von Demokratie.

Ich spreche von der Zeitung.

Ich spreche vom Zeitungs-Journalismus, vom Prinzip Zeitung.

Dem Prinzip Zeitung, das sich vom Papier emanzipieren und auf digitalen Distributionswegen erfolgreich etablieren wird.

Es sind hunderte Eigenschaften, die das Prinzip Zeitung zur überlegenen Erfindung der Gegenwart machen. Für manche gehört der Geruch des frisch bedruckten Papiers dazu. Für andere ist es die Push-Option für Nachrichten auf dem iPhone.

Ich möchte heute nur über drei Eigenschaften des analogen oder digitalen Zeitungsjournalismus sprechen, die mir persönlich am wichtigsten sind.

Die wichtigste Eigenschaft des Prinzips Zeitung ist für mich – zuallererst – die Suche nach der Wahrheit. Ein guter Journalist hat zur Wahrheit dasselbe Verhältnis wie ein Trüffelhund (Schweine gibt es übrigens schon seit Jahrzehnten praktisch nicht, um bei der Gelegenheit gleich eine Fake News abzuräumen, sie sind in Italien sogar verboten; Trüffel werden nur von Hunden gefunden), ein guter Journalist also hat zur Wahrheit dasselbe Verhältnis wie der Hund zur Knolle, die ihm seinen Namen gibt. Aber mehr noch als das Tier im Wald muss der Journalist auf seinem Weg enorme Hindernisse überwinden; denn vom Pressesprecher bis zum Politiker, vom Wirtschaftslobbyisten bis zum selbstberufenen Aktivist möchten ihm viele, denen er auf seinem Weg begegnet, ihre eigene Wahrheit als die Wahrheit verkaufen, nach der er sucht. Und bei manchen Journalisten, bei schlechten Journalisten, die nicht die Wahrheit suchen, sondern Vorurteile verstärken, ist es so, dass sie den größten Gegner ihrer Suche sehen, wenn sie in den Spiegel schauen.

Der New Yorker Journalistik-Professor Jay Rosen hat in diesem Sommer mit 53 Publizisten in Deutschland gesprochen. Im Anschluss schrieb er ihnen einen Brief, den die FAZ veröffentlicht hat: „Es ist nicht Euer Job als Journalisten den Menschen zu sagen, was sie denken sollen. Aber es ist Euer Job, sie darauf hinzuweisen, worüber sie nachdenken sollen.“

Ein Beispiel: In den vergangenen Monaten sind mehrere Deutsche durch die Hand von Flüchtlingen gestorben. Die Taten haben viel Aufsehen in der Bevölkerung verursacht, weil viele Bürger sie im Kontext der Flüchtlingspolitik der Bundesregierung sehen und in der Folge als ein Grund für das Erstarken der AfD.

Ich habe mich über diese Fälle nicht immer gut informiert gefühlt. Und ich bin mir nicht sicher, ob das Prinzip Zeitung in allen Fällen seiner Verpflichtung zur Wahrheit gerecht geworden ist.

Fand in Chemnitz eine Hetzjagd auf Ausländer in der Folge der Ermordung eines 35-Jährigen durch zwei Asylbewerber statt? Oder gar ein „Pogrom“, wie eine bekannte Journalistin öffentlich verkündete? Wurde wiederum in

Köthen ein Mann nicht von zwei jungen Männern aus Afghanistan ermordet – sondern starb er an einem Herzinfarkt? Falls er aber, während er offenbar zusammengeschlagen wurde, Herzprobleme erlitt, bedeutet das dann wirklich, dass er „nicht durch Gewalt ums Leben gekommen ist“, wie eine große deutsche Zeitung auf Twitter schrieb? Die beiden mutmaßlichen Täter wurden jedenfalls, so die Pressemitteilung der Polizei, festgenommen wegen des „Verdachts der Körperverletzung mit Todesfolge“. Waren die Aufwallungen in den Städten – von links wie von rechts – wirklich nicht nur so wichtig wie, sondern noch wichtiger als die Todesfälle an sich? Am Tag nach dem möglichen Mord in Chemnitz berichteten null von zwölf überregionalen Medien, die ich mir angeschaut habe, auf der Titelseite. Einen weiteren Tag drauf berichten zehn Zeitungen über den Aufmarsch zorniger Bürger und geifernder Neonazis; aber nur eine Zeitung nennt in gleicher Größe den möglichen Mord als Grund. Und als am Tag nach dem Todesfall in Köthen ein Afghane in Paris sieben Menschen mit einem Messer verletzt, bleibt die Tat auf den meisten Portalen eine Randnotiz. Ich glaube, dass diese unterschiedlichen Gewichtungen für viele Menschen unverständlich sind. So erodiert Vertrauen. Aber Vertrauen ist der wichtigste Kitt, der eine Gesellschaft zusammenhält.

Die Suche nach der Wahrheit und Wahrheitsfindung sind Grundlagen für die politische Urteilsbildung jener Bürger, die unsere Leser und Nutzer sind. Und wenn in einer Gesellschaft an sich Wahrheit relativiert wird, durch propagandistische Manipulation von allen Seiten quasi zur Ansichtssache erklärt wird, dann wackelt das Fundament. Dann ist demokratische Meinungsbildung, Diskurs und am Ende Demokratie nicht mehr möglich.

Ich erinnere mich an eine Diskussion mit einem meiner minderjährigen Söhne. Dabei spielte eine banale quantitative Tatsache eine Rolle. Mein Sohn bestritt diese Tatsache. Ich verwies auf einen Zeitungsartikel. Er sagte: wir wissen doch, dass Zeitungen immer wieder die Unwahrheit schreiben. Ich verwies auf einen Lexikoneintrag. Er blieb stur. Das stimmt nicht. Auch Lexika können irren. An einem solchen Punkt endet die Diskussion. Wenn es keine Quellen des Vertrauens gibt und wenn es irgendwann keine Verständigung mehr darüber gibt, dass eins und eins zwei ist, hört Verständigung auf.

Wenn aber jemand beispielsweise diskutieren will, was eine Hetzjagd ist, muss das noch kein Vorbote von rechtsradikalem Revanchismus sein. Es kann gesunde Skepsis gegenüber schnellen Gewissheiten und Autoritäten sein.

Bei der Recherche hat es sich in manchen Ressorts bei manchen Zeitungen und Fernsehsendern aber offenbar eingebürgert, sich ohne Nachfrage auf die Regierung zu verlassen.

Dabei ist auch die Regierung – im ausschließlich journalistischen Sinn – ein Gegenspieler für Journalisten. Ein Journalist sollte „sich nicht gemein machen mit einer Sache, auch nicht mit einer guten.“ Den Satz hat bekanntlich Hajo Friedrichs geprägt, der bei der BBC lernte. Mein Eindruck ist, die Angelsachsen sind uns in dieser Hinsicht voraus. Deshalb konnte und musste uns Jay Rosen im Sommer die Leviten lesen.

Wir sollten unsere Lehren ziehen. Und mutiger werden, kritischer, unberechenbarer, wehrhafter. Sonst denkt Bodo Ramelow von der Linken noch, er könne ein zweites Mal machen, was er im Sommer tat: Der Ministerpräsident Thüringens drohte, ein Interview wegen einer ihm nicht genehmen Fragen abzubrechen. „Ich würde sehr empfehlen, dass das nicht Teil des Sommerinterviews wird“, soll er gesagt haben. Und weiter: „Ich steh’ auf und geh’.“ Und der Mitteldeutsche Rundfunk? Schnitt die entsprechenden Szenen – angeblich aufgrund „redaktioneller Abwägungen“ heraus – und begann das Rundfunkinterview mit Ramelow von vorn, als wäre nichts gewesen.

Es ist an uns Verlagen, die Rahmenbedingungen zu schaffen, die Journalisten ermutigen, und eine kritische, unabhängige Arbeitsweise ermöglichen. Die einen Investigativreporter mit den Achseln zucken lässt, wenn er von Rechtsanwälten eingeschüchtert wird. Die eine Nachrichtenjournalistin so absichern, dass sie nur müde lächelt, wenn ihr von Pressesprechern subtil gedroht wird.

Während Journalisten nach der Wahrheit suchen, glauben andere, sie gepachtet zu haben. In den sozialen Netzwerken weiß immer jemand, dass „es wieder ein Ausländer war“. Oder, umgekehrt, dass jeder, der Migration und Kriminalität in einem Satz erwähnt, „ein Nazi ist“. Was auf Facebook und Twitter, oft auch auf Snapchat und Instagram, als Wahrheit daherkommt, ist in vielen Fällen nichts als dumpfe Hetze. Und damit komme ich zur zweiten Eigenschaft, die aus meiner Sicht das Prinzip Zeitung auszeichnet. Es ist etwas, das es nicht hat, etwas, das ihm fehlt:

Das Prinzip Zeitung ist nicht „Social“. Das heißt, nicht eine teilweise anonyme soziale Konstellation entscheidet, was publiziert und geteilt wird, was wie zu sehen ist, was wahr ist und was falsch. Sondern eine klar identifizierbare Absenderschaft, ein Verlag, eine Marke, eine Redaktion, ein Chefredakteur, ein Journalist, ein Autor treffen Entscheidungen und übernehmen für diese

Verantwortung. Das Prinzip Zeitung ist nicht denkbar ohne Verantwortung, die der klar erkennbare Absender übernimmt. Das spiegelt sich konkret in den Autorenzeilen unter oder über den Artikeln und natürlich auch im Impressum, wo Journalisten, aber auch Verleger mit ihrem Namen für ihre Suche nach Wahrheit einstehen. Und für die Verantwortung, die wir Verleger mit dieser Suche auf uns nehmen; die übrigens nicht bedeutet, dass in professionellen Redaktionen keine Fehler gemacht werden – aber sehr wohl, dass wir Verlage uns dafür entschuldigen, die Ursachen des Fehlers aufklären, gegebenenfalls sogar rechtlich begründeten Schadensersatz zahlen – kurz: die Verantwortung übernehmen.

Es entscheidet also keine anonyme sogenannte Netzgemeinde über die Relevanz einer Nachricht. Die Informationen von Presse- oder Regierungssprechern stehen nicht gleichrangig neben der Einschätzung unabhängiger Journalisten. Es ist auch nur schwer möglich, sich auf einer Nachrichtenseite oder im gedruckten Blatt über die Welt zu informieren und dabei ausschließlich eine Weltsicht, oder, noch radikaler, nur ein Thema zu konsumieren. Zeitungsjournalismus ist horizontweiternd. Er interessiert seine Leser für Themen, von denen sie noch gar nicht ahnten, dass sie sie je interessieren könnten. Es gibt kein „unfollow“ wie auf Twitter, kein „snooze this person for 30 days“, wie auf Facebook. Journalisten sind Wecker, die sich nicht abschalten lassen; das Prinzip Zeitung ist – wenn es verantwortungsvoll und professionell gelebt wird – das wirksamste Mittel gegen die Filterblasen dieser Welt – denn es lässt sie platzen.

Deshalb besorgt es mich, wenn streitbare Redakteure, die auch mal gegen die Blattlinie schreiben, unter dem Druck der Leser von den eigenen Chefs kritisiert werden. Da ist der Literaturkritiker, der für ein nicht genehmes Buch stimmte. Und deshalb Ärger bekommt. Da gibt es die Autorin, die zur Seenotrettung von Flüchtlingen eine andere Meinung beschreibt als sie viele ihrer Kolleginnen und Kollegen haben. Und die darauf wie eine Aussätzige behandelt und eingeschüchtert wird. Und da ist – etwa in unserem Haus – der Text eines langjährigen als links wahrgenommenen Redakteures, der schildert, warum er eigentlich ein Konservativer sei. Dieser Text aber wird nicht gedruckt, weil er dem Image der Zeitung schade. Egal, was man von einzelnen Texten hält: Ohne starken Binnenpluralismus drohen wir, selbst eine Blase zu werden, statt jene auf Facebook, Twitter und vielleicht auch im Berliner Regierungsviertel zu zerstören.

Ich bin überzeugt, dass die sozialen Medien neben vielen positiven Errungenschaften, die wir Ihnen verdanken – es ist ja nie schwarz-weiß – ihren Teil zur Verrohung der Sprache und der Debatte beitragen. Auf

Facebook nannte der Chef der niedersächsischen AfD-Jugendorganisation Claus Schenk Graf von Stauffenberg, einen „Verräter“ und „Feigling“. In einer Facebook-Gruppe unterhielten sich Parteimitglieder derselben Partei nach Berichten diverser Medien zum Beispiel über ein Bild eines Paares, er schwarz, sie weiß: Die Vokabeln waren – ich zitiere – „Negernutte“, „abartig“, „widerlich.“ Bei uns herrscht manchmal Beklemmung, wenn in einer unserer Redaktionen Nachrichten aus den sozialen Medien eingehen in einer Sprache des Hasses, meistens unter falschem Namen: „Ich werfe Granaten auf das BILD Büro“, hanan.luciano auf Instagram. „@bild bald kommen wir alle und stürmen eure Reaktion [sic] mit sprenggürteln!!!!wartet ab“, Nutzer joell.rgs ebenda. „Ich bring die das mit dem Sprengstoffgürtel auf dem Weihnachtsmarkt bei“ kevin\_007069 in einer direkten Nachricht an einen Reporter. „ANSCHLAG am Dienstag um 17:00 in eurem Hauptsitz in Berlin isch mir Wurst. Ihr rühdigen Straßenhunde“ Oder, zusammen mit dem Bild eines Reporters: „Chemnitzer! Beseitigt die Springer-Schmierer, die gegen das Volk hetzen! Und die die Drahtzieher der Morde von Merkels Gästen sind! Beseitigt den Hetzer und Hauptschreiberling im Raum Chemnitz [Vorname Nachname], 40, auf dem Fahndungsfoto Mitte [Link zu einem Bild, das den Reporter zeigte]

Es ist kein Problem, das BILD exklusiv hat, im Gegenteil. Rufen Sie das Twitterprofil eines beliebigen Journalisten auf, eher links, eher konservativ, und lesen Sie, was unter den Tweets der Kollegen geschrieben wird. Dem Kollegen mit einem exotischen Namen wird empfohlen, er solle „... ab über den Teich oder gleich wieder nach Asien“, wer der Regierung kritisch gegenübersteht, ist schnell kein Journalist mehr, sondern ein „Nazi“. Heute ist überhaupt jeder, der anderer Meinung ist, ein „Nazi“, was eine unglaubliche Verharmlosung des Nationalsozialismus‘ und des Holocausts ist.

Es hat sich etwas verändert im Denken und in der Sprache. Und wenn sich Denken und Sprechen verändert, verändert sich irgendwann auch das Handeln. Verbaler Gewalt folgt oft Gewalt gegen Sachen und schließlich Gewalt gegen Personen. Die eskalierende Verrohung der Auseinandersetzung ist besorgniserregend. Ein wirksames Gegenmittel ist das Prinzip Zeitung.

Der amerikanische Internet-Pionier Jaron Lanier hat kürzlich gesagt, „die unabhängige Presse macht mehr Gutes für die Welt als all das Gute, das durch Tausende Facebooks zusammengenommen jemals entstehen könnte“. Und weiter: „Wir müssen einen Weg finden, um den Schaden

rückgängig zu machen, der dem Journalismus und anderen Institutionen, die für Anstand einstehen, zugefügt wurde“.

Er hat recht, und deshalb erwarte ich, dass der Wettbewerb gerade auch mit den großen internationalen Plattformen – Google, Facebook, Amazon aus den USA, künftig auch Alibaba, Tencent, Bytedance und Baidu aus China – zu fairen Rahmenbedingungen geschieht. Dafür sind unsere nationalen Regierungen und die Europäische Union verantwortlich. Sie sichern damit Meinungsfreiheit, Meinungsvielfalt und letztlich Demokratie.

Ich komme damit zur dritten Eigenschaft, die aus meiner Sicht essentiell für das Prinzip Zeitung ist: Meinungs- und Informationsfreiheit.

Es sind genau genommen zwei Ideen, die eine schützt das Recht, sich zu äußern. Die andere das Recht, vom Staat Informationen zu erhalten. Beide stehen zum Glück in Demokratien allen Bürgern zu, es sind aber in der Regel Journalisten, die sie ausreizen.

Dieses Glück gibt es nicht überall auf der Welt. Und es sind ausgerechnet einige der größten Märkte, die weder an Informationsfreiheit noch an freie Rede glauben. Ihr Erfolg macht sie attraktiv für den Westen. Und ihr Geld macht sie mächtig. Deshalb sind Informations- und Meinungsfreiheit zu Gradmessern ethischer Verantwortung geworden. Wer kämpft für sie? Wer pfeift auf sie – und kassiert im Gegenzug?

Vor acht Jahren verließ Google China, aus Protest gegen Zensurvorgaben. Sergey Brin sagte damals, die Zensur und die Überwachung in China hätten dieselben Merkmale des Totalitarismus wie in der Sowjetunion, in der er geboren wurde. „Don't be evil“ lautete das damalige inoffizielle Firmenmotto. Das ist Geschichte. Google überlegt nun, in den Markt mit über 800 Millionen Internetnutzern zurückzugehen. Ein Markt, auf dem riesige Wettbewerber entstanden sind. Womit wird Google dort Geschäfte machen? Mit dem Produkt Dragonfly. Es ist eine zensierte Version der Google-Suchmaschine, sie verknüpft nach Medienberichten die Telefonnummer des Nutzers mit seinen Suchanfragen. Außerdem soll es eine Liste mit verbotenen Begriffen geben, nach denen nicht gesucht werden kann. Das wäre eine Suchmaschine, die das Internet in China unfrei bleiben und noch unfreier werden lässt, die sich dem Diktat der chinesischen Führung unterwirft, dem Totalitarismus. Google wird so einen Baustein für den Überwachungsstaat liefern.

Und die chinesische Bevölkerung ist bald Subjekt einer besonders perfiden technologischen Überwachung. Mit einem „Social Credit System“ wird die

chinesische Führung ab 2020 die Totalüberwachung der Bürger standardisiert haben. Modernste Technik hilft dabei, jeden einzelnen Bürger in einem Scoring-System zu bewerten und einzustufen. Wer hier dem Regime unangenehm auffällt, spürt die Auswirkungen kurze Zeit später. Bei der Wohnungssuche beispielsweise. Oder bei der Jobsuche. Nur wer linientreu ist, wird belohnt. Es stellt das westliche Digitalisierungsversprechen auf den Kopf: Je digitaler das Land wird, umso unfreier werden seine Bürger.

Der Fortschritt, die Innovationskraft, die Technikbegeisterung sind atemberaubend. Im Bereich künstlicher Intelligenz, einem der wichtigsten Zukunftsthemen, wird China bald weltweit führend sein. Chinesische Plattformen drängen nach Europa. Der chinesische Staatskapitalismus ist auf Einkaufstour. 60 Milliarden Dollar investiert das Land jetzt in Afrika, damit Rohstoffreserven immer mehr in chinesischer Hand sind. Wir befinden uns in einem Systemwettbewerb. Wir haben: die westliche Marktwirtschaft, die liberale Demokratie und den starken Rechtsstaat. Diese Kombination ist bislang erfolgreicher gewesen als jede andere Gesellschaftsordnung. Kann sie auch gegen den chinesischen Staatskapitalismus und seine Überwachungsökonomie bestehen? Ist es nicht vielmehr so, dass wir uns langsam an China gewöhnen, anstatt der lang gehegten Hoffnung, dass sich China langsam unseren Standards im Hinblick auf Menschenrechte und Pressefreiheit anpassen würde? Wandel durch Handel jedenfalls ist eines der größten Märchen der Neuzeit.

Nicht nur Google, auch Apple und Amazon geben sich in dieser Hinsicht geschlagen. Sie speichern bereits heute wie von der chinesischen Führung gewünscht die Cloud-Daten ihrer chinesischen Nutzer in lokalen Rechenzentren, auf die das Regime wahrscheinlich Zugriff hat. In Deutschland sieht es, was das Rückgrat betrifft, kaum besser aus: Im Februar hat Mercedes vor der chinesischen Regierung einen Kotau gemacht. Der Autohersteller hatte auf einem belanglosen Werbefoto einen Satz des Dalai Lama zitiert. Dafür musste sich der CEO selbst, Dieter Zetsche, entschuldigen, seine Entschuldigung wurde von der staatlichen Nachrichtenagentur öffentlich gemacht. Der größte Einzelaktionär bei Daimler wurde übrigens kurz darauf, Ende Februar ein Chinese, Li Shufu, der Eigentümer des chinesischen Autokonzerns Geely. Zwischen diesen beiden Vorgängen gab es sicher keinen Zusammenhang.

Die Pressefreiheit ist seit Jahrzehnten einer der verlässlichsten Freiheitsindikatoren. China belegt in der Rangliste der Pressefreiheit Platz 176 von 180. Aber auch wir in der Europäischen Union sind nicht vor



Entwicklungen gefeit, die die Freiheit, insbesondere die Pressefreiheit einschränken. „Die Pressefreiheit verdient in Ungarn ihren Namen nicht mehr“, sagte die ehemalige EU-Kommissarin Viviane Reding – vor vier Jahren. Die Menschenrechtsorganisation „Reporter ohne Grenzen“ warnte bereits vor zwei Jahren: „Die EU-Kommission sollte die polnische Regierung ultimativ zur Rücknahme ihrer Medienreformen auffordern. Die Unabhängigkeit der Medien und damit ein Grundpfeiler der Demokratie in einem wichtigen EU-Mitglied steht auf dem Spiel“.

Lange bevor in der Slowakei im Februar der Investigativreporter Jan Kuciak ermordet wurde, beschimpfte der inzwischen zurückgetretene Ministerpräsident Robert Fico Journalisten als „dreckige anti-slowakische Prostituierte“, „Idioten“ und „Hyänen“.

In Tschechien präsentierte Staatspräsident Milos Zeman bei einer Pressekonferenz eine Kalaschnikow-Attrappe aus Holz mit der Aufschrift „für Journalisten“.

Bei unserem Natopartner Türkei sitzen mehr professionelle Journalisten im Gefängnis als in jedem anderen Land der Welt; nur in Ägypten sind es genauso viele. Bei aller Freude über die Entlassung der beiden Reporter Deniz Yücel und Mesale Tolu: In der Türkei ist die Pressefreiheit weitgehend erfolgreich abgeschafft.

Journalismus ist oft lebensgefährlich. Weltweit sind in diesem Jahr bereits 55 Journalisten bei Ausübung ihres Berufs getötet worden, 155 Journalisten sind derzeit inhaftiert. Hinzu kommen weitere Opfer, die für dieselbe Sache kämpfen, Kameraleute, zum Beispiel, oder freie Mitarbeiter. Wir ehren sie für ihre Arbeit und ihren Mut und wir gedenken ihrer.

Auch, in dem wir dafür sorgen, dass bei uns in Deutschland eben nicht an der Unabhängigkeit und der Freiheit der Journalisten gerüttelt wird. Und dies führt mich zu einer ganz konkreten Forderung: Ich erwarte von der Polizei, von Spezialkräften, von Hundertschaften, von einzelnen Beamten auch unter dem größten Stress und Druck im Einsatz, wie auch von ihren Vorgesetzten und Behördenleitungen, selbst von Geheimdiensten und – ganz besonders von der Politik, die hier die Spielregeln aufstellt – dass Reporter und Journalisten bei der Recherche nicht aufgehalten werden. Bei der Arbeit nicht behindert werden. Ganz im Gegenteil: dass ihnen geholfen wird. Dass sie geschützt werden.

Journalisten müssen bei ihrer Arbeit in Sicherheit sein.

Das ist in Deutschland leider immer häufiger nicht der Fall: Wie das Europäische Zentrum für Presse und Medienfreiheit berichtet, gab es allein in den ersten achteinhalb Monaten des Jahres 2018 mindestens 22 tätliche Übergriffe mit 28 angegriffenen

Journalisten und Medienmitarbeitern: „Mit Ausnahme von zwei Fällen ereigneten sich alle Taten im Umfeld von rechtspopulistischen oder rechtsextremen Versammlungen. Allein auf der Demonstration am 1. September in Chemnitz wurden neun Angriffe mit elf Betroffenen erfasst – ein neuer Negativrekord. Kameraleute, Reporterinnen und Fotografen wurden geschlagen, getreten, bespuckt oder gestoßen, vereinzelt sogar mit Gegenständen oder Waffen angegriffen.“

Sind sie immer angemessen geschützt worden?

Journalisten berichten in den vergangenen Monaten immer wieder davon, bei Demonstrationen und Ausschreitungen behindert worden zu sein. Wenn zum Beispiel ein Fernseheteam aus Journalisten in Sachsen bei der Arbeit 45 Minuten von der Polizei aufgehalten wird und der zuständige Ministerpräsident im Anschluss twittert, die einzigen Personen, die seriös aufgetreten seien, seien Polizisten gewesen, dann ist das das exakte Gegenteil von dem, was ich von einem Rechtsstaat erwarte.

Umgekehrt, auch das gehört zum Thema, sind Journalisten nur dann Journalisten, wenn sie wirklich journalistischer Arbeit nachgehen. Die wenigen schwarzen Schafe, die Aktivisten sind, sich aber als Berichterstatter tarnen, schaden unserer Zunft.

Deshalb nochmal: Der physische und ideelle Schutz von Journalisten ist Kernbestand der inneren Sicherheit eines Rechtsstaats.

Das alles ist besorgniserregend.

Trotz allem bleibe ich optimistisch.

Denn in all diesen Herausforderungen und Bedrohungen und Fehlentwicklungen liegen ja zugleich enorme Chancen, unsere Arbeit, unser Metier noch unverzichtbarer zu machen. All das spiegelt die Relevanz und die Brisanz unserer Arbeit. Aber nur dann, wenn es uns gelingt, das Prinzip Zeitung weiter zu stärken: politisch, wirtschaftlich, journalistisch. Und das geht

1. Durch konsequente, unabhängige, nie voreingenommene und immer mutige Suche nach der Wahrheit.

2. Indem wir ohne Wenn und Aber Verantwortung für das übernehmen, was wir bei der Suche nach der Wahrheit finden und veröffentlichen. Und damit durch Vorbild und engagierte Medienpolitik verantwortliche Absenderschaft von verantwortungsloser Absenderschaft unterscheiden und
3. Weil wir alles tun, um Meinungs- und Informationsfreiheit zu verteidigen. Überall auf der Welt von China bis Russland, von der Türkei bis nach Syrien. Aber auch und gerade in Deutschland. Und am allermeisten im eigenen Haus, da wo wir selbst und ohne jede Entschuldigung oder Relativierung für die Zustände verantwortlich sind. Jeder von Ihnen kann selbst ein Klima der Angst oder der Ermutigung, des Duckmäusertums oder der Zivilcourage schaffen.

Wenn wir all das beherzigen, und wenn Politik und Polizei dafür sorgen, dass Journalisten in Sicherheit arbeiten können, dann liegen die besten Zeiten noch vor uns. Nie zuvor war Journalismus so vielfältig, so schnell, so präzise wie heute. Und seit langem war er nicht mehr so wichtig für den Fortbestand unserer offenen Gesellschaft.

Die zunehmende Brisanz der Verhältnisse kann auch dazu beitragen, dass wir wieder die Besten für unsere Branche begeistern können. Das war in den letzten zwei Jahrzehnten nicht immer der Fall. Für viele der allerbegabtesten Köpfe war es verlockender bei einer Technologie-Plattform oder bei einem Startup zu arbeiten. Aber je mehr die intelligentesten Talente erkennen, wie gefährlich die Verhältnisse ins Wanken geraten sind, dass alles möglich ist von Brexit bis Annexion der Ukraine, von manipulierten Wahlen bis Cambridge Analytica – desto mehr realisieren sie, dass Journalismus essentiell ist. Und eben hochattraktiv. Oder wie ich finde: der schönste Beruf der Welt.

Mit eben dieser Mischung aus Sorge und Selbstkritik, aber vor allem aus Selbstbewusstsein und Zuversicht sollten wir in die Zukunft schauen. Alles ist möglich.

Lassen Sie uns alles tun, um das Beste zu ermöglichen. Damit wir uns nicht wie Yuval Harari vor natürlicher, menschlicher Dummheit fürchten müssen. Sondern von künstlicher und humaner Intelligenz profitieren können. Mithilfe der besten Erfindung der Neuzeit: der Zeitung. Die Voraussetzung dazu wurden am besten vor etwa 2500 Jahren definiert, wahrscheinlich von Perikles: „Das Geheimnis des Glücks ist die Freiheit. Und das Geheimnis der Freiheit ist der Mut.“

Ich danke für Ihre Aufmerksamkeit.